

Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. II, S. 129—136 | Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten | 25. Februar 1919

Wochenschau.

(15./2. 1919.) Mit unserer Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Auslande ist es schlecht bestellt. Das weiß jeder, der die Veränderungen, die der Krieg hervorgerufen hat, auch nur einigermaßen verfolgt. Wir brauchen nicht erst abzuwarten, bis der uneingeschränkte Wettbewerb mit dem gesamten Ausland wieder aufgenommen werden kann, um zu erfahren, daß unsere Wettbewerbsfähigkeit immer mehr geschwächt werden wird, wenn der wilden Sozialisierung, die weiter nichts als eine Lohnbewegung unter Anwendung von Gewalt ist, nicht Einhalt getan wird. Der Beispiele aus dem Kohlen- und Kalibergbau haben wir jetzt genug, von denen der Eisen- und Stahlindustrie überhaupt zu schweigen. Die Vorgänge im rheinisch-westfälischen Industriebezirk lehren, wie wenig auf die Weisungen der Berliner Regierung gehört wird und wie immer wieder Ausschreitungen schwerer Art die Entwicklung unseres wirtschaftlichen Lebens hemmen.

Nach der Dividenlosigkeit der Fried. Krupp A.-G. ist nun auch damit zu rechnen, daß die „Rheinmetall“ für das am 30./9. 1918 abgeschlossene Geschäftsjahr den Aktionären keine Gewinne ausschütten kann. Damit sind die Aussichten unseres Wirtschaftslebens mit wenigen Worten gekennzeichnet. Krupp und Rheinmetall waren die größten Rüstungsbetriebe und müssen also schon im letzten Kriegsjahr ungünstig gearbeitet haben. Auch anderen Betrieben der Schwerindustrie ist es ähnlich ergangen, und wenn auch einzelne für das letzte Geschäftsjahr noch verhältnismäßig hohe Gewinne verteilen können, so ändert das nichts an den trostlosen Aussichten hinsichtlich des Wettbewerbs mit dem Auslande. Die Sozialisierungswut, welche die heutigen Löhne hauptsächlich hervorgerufen hat, muß eingedämmt, die Sozialisierung überhaupt in ganz andere Bahnen geleitet werden, wenn sie nun einmal nicht zu umgehen ist, um unsere Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Auslande zu erhalten und zu stärken. Schaffung von Arbeitsgelegenheiten innerhalb der chemischen Industrie, welche an erster Stelle berufen ist, uns in den Weltverkehr wieder einzuführen, ist zunächst das geeignetste Mittel, um Gegensätze zu überbrücken und vielleicht die schlimmsten Gefahren der Sozialisierung abzuwenden. Es ist sicher ein schlechtes Rezept, wenn ein Berliner Arzt auch die Sozialisierung der ärztlichen Tätigkeit fordert. Wird allen Ernstes die Sozialisierung der Apotheken verlangt? Folgt daraus dann nicht die gleiche Maßnahme für die Drogengeschäfte? Eine solche Gefahr bedeutet nichts weiter als die Zertrümmerung des gesamten Groß- und kleingewerblichen Lebens. Größere Berechtigung hat daher die Frage: Was wird nicht sozialisiert?

Der Fehlbetrag im Reichshaushalt wird jetzt seit dem 9./11. 1918 auf 9½ Milliarden M angegeben. Das bedeutet im allgemeinen wohl keine Überraschung, sondern man kann nur wünschen, daß diese Wirtschaft im weiteren Verlauf nicht noch ärgere Dinge zeitigt. Die Bewilligung eines Kredits von 25 Milliarden M durch die Nationalversammlung kann uns wenig helfen. Diese 25 Milliarden sind eben bereits ausgegeben. Und wie sieht es in den Kommunen aus?

Die Ankündigung, daß die Eisenbahnverwaltung voraussichtlich mit einem Fehlbetrag von 1½ Milliarden abschließen wird, lenkt den Blick auf Verkehrserschwerungen, welche unseres Erachtens bei einigem guten Willen sehr wohl geschaffen werden können. Die Bestimmungen bezüglich der Erteilung der Reiseerlaubnis werden anscheinend viel zu scharf gehandhabt. Die der Personenbeförderung dienenden Eisenbahnzüge sind in vielen Fällen nur sehr schlecht besetzt und hierauf die Ausfälle in den Einnahmen der Eisenbahnverwaltung zum großen Teil zurückzuführen. Es ist daher dringend notwendig, daß bei der Erteilung der Reiseerlaubnis weitherziger verfahren wird, einerseits um die geschäftliche Tätigkeit durch vermehrtes Reisen zu heben, andererseits um die Einnahmen der Eisenbahn zu steigern.

Die im Laufe der Woche der Waffenstillstandskommission in Spa von den Gegenmächten gegebene Zusage, uns unter gewissen Bedingungen zunächst 30 000 t Fett und Fleisch zu liefern, darf nicht überschätzt werden. Vorläufig haben wir diese 30 000 t noch nicht. Und dann machen sie auf den Kopf der Bevölkerung nur ein Pfund aus. Auch die sonst in Aussicht gestellten Lebensmittel bedeuten im Durchschnitt nur wenig. Steigerung unserer Bodenerträge der neuen Ernte, Herstellung künstlicher Düngemittel hierfür in ausreichenden Mengen, wofür uns jedoch wichtige Rohstoffe infolge Fortbestehens der Blockade fehlen, veranlaßt uns immer wieder, die Waffenstillstandskommission zu ersuchen, für Aufhebung der Blockade und Herbeischaffung von dringend nötigen Rohstoffen zu wirken.

Umgekehrt muß die Ausfuhrmöglichkeit für uns bald erwirkt werden, das beste Mittel, um Tauschware für Erleichterung unserer Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen und zur Verbesserung der Valutaverhältnisse zu schaffen. Was sagt die Zentralstelle für Ausfuhrbewilligungen für die chemische Industrie hierzu?

Die Börse war mit Rücksicht auf die zu erwartende Verschärfung der Bedingungen für eine Verlängerung des Waffenstillstandes im allgemeinen sehr zurückhaltend. Die Umsätze blieben gering. Für eine Reihe von Werten konnten an einzelnen Tagen erste Kurse überhaupt nicht ermittelt werden. Von führenden chemischen Werten lagen Th. Goldschmidt-Aktien sehr günstig. Im allgemeinen war die Stimmung stetig. Es notierte A.-G. für Anilinf. 238½ (Vorwoche 242), Griesheim 201 (200½), von Heyden 239½ (239), Farbenfabriken Bayer & Co. 279.75 (287), Th. Goldschmidt 207½ (205½) und Höchst Farbwerke 260½ (261½). k.**

Gesetzgebung.

(Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.)

England. Einführung und Aufhebung von Einfuhrverboten. Am 1./3. werden eine Anzahl von Einfuhrverboten in Kraft treten, da die allgemeinen Lizenzen, die seit dem Waffenstillstand ausgefertigt wurden, eingezogen werden sollen. Dagegen werden Lizenzen für gewisse Waren, wie Äpfel, Kakao, konservierte Früchte, Horn und Hufe, Rohrzucker und Tabak noch bis zum 1./7. gelten. Unter den Waren, für welche die Lizenzen am 1./3. eingezogen werden, befinden sich Ziegel, Zement, Häute, Öle, Stoffe, Parfüms, Toiletteartikel, Vakuumapparate und Maschinen für Metall- und Holzarbeiten. („Svensk Handelstidning“ vom 2./2. 1919.) on.

Inkraftbleiben des „Non Ferrous Metals Act.“ „Times“ vom 14./1. 1919 enthalten eine Notiz, wonach das britische Handelsamt die Aufmerksamkeit aller Gesellschaften, Firmen sowie Einzelpersonen, die den Handel mit nicht-eisenhaltigen Metallen betreiben, auf Sektion 10 (2) des „Non-Ferrous Metals Industry Act, 1918“ lenkt. Die angezogene Verfügung bestimmt, daß das Gesetz für einen Zeitraum von fünf Jahren nach Beendigung des Krieges in Kraft bleiben soll. Die Bestimmungen des Gesetzes würden in keiner Weise beeinflusst durch die im Laufe des Krieges vom Munitionsministerium verfügten Milderungen der Aufsicht über gewisse nicht-eisenhaltige Metalle. Es sei demnach auch weiter nötig, daß Gesellschaften, Firmen oder Einzelpersonen, die sich mit irgendwelchen unter die Bestimmungen dieses Gesetzes fallenden Geschäften befassen, sich beim britischen Handelsamt die dazu erforderliche Genehmigung geben lassen. on.

Ab 2./3. wird die Rationierung von Margarine (s. a. S. 90) aufgehoben und ein Höchstpreis festgesetzt werden. (Times v. 1./2. 1919.) dn.

Italien. Vom Handelsministerium wurde die Bewilligung für eine baldige Ausfuhr u. a. folgender Waren nach der Schweiz erteilt: roher Marmor, Blei für Zahnebehandlung, Papier für photographische Zwecke, Lederwaren, Grammophon- und Phonographenplatten und -zylinder, Filme, gefärbte Pelzwaren, zahnärztliche Apparate, trockenes Obst und Obstsaft, Blumensamen, Waschapparate, Celluloidarbeiten, Ölessenz, Schmelzmaschinen, chemische und pharmazeutische Produkte, Spezereien und Liköre. (Basler Nachrichten vom 31./1. 1919.) u.

Nach Mitteilungen der Generaldirektion der Zölle werden die Zollämter ermächtigt, die Ausfuhr aller Papiersorten, ausgenommen Zeitungspapier in Rollen, nach dem Ausland, die feindlichen Länder ausgenommen, zu gestatten. on.

Spanien. Der Finanzminister schlägt in seinem Haushaltsvoranschlag folgende Ausfuhrzölle für Mineralien vor (in Pesetas für 1 t): Galmei, natürlicher 6; Galmei, ausgebrannt 8; Bleiglanz, silberhaltig 40; Bleierz 20; Eisenkies 1,75; Kupfererz, mehr als 2,5% 5; Kupfererz, weniger als 2,5% 2; Kupfermatte 115; Mangan 11,50; Blei, silberhaltig 50; Zinn 300. Die Ausfuhrzölle sollen nur vorübergehend sein und nach Lage der Verhältnisse ermäßigt oder wieder aufgehoben werden können. („Agence Economique et Financière“ v. 29./1. 1919.) on.

Finnland. Die Budgetvorlage sieht eine Erhöhung der Ausfuhrzölle vor auf Bau-, Gruben- und Papierholz und führt neue Ausfuhrzölle für Brennholz und andere bisher freie Holzsorten, ferner für Holzwole und Papier ein. Die Gesamteinnahme aus den Ausfuhrzöllen wird auf 37 Mill. finn. M veranschlagt. on.

Dänemark. Allgemeine Befreiung von Ausfuhrverboten. Unter dem 1./2. 1919 hat das Justizministerium allgemeine Befreiung von den bestehenden Ausfuhrverboten zugestanden, soweit der Versand nach Schweden und Norwegen und der Versand auf dem Seeweg nach den Niederlanden in Betracht kommt. Federn, Glas (keine Glasscherben) und Glaswaren, Flaschen ausgenommen, alle verarbeiteten Waren, deren Ausfuhr bislang lediglich auf Grund ihres Gehalts an Metall (Kupfer, Messing, Rotguss, Bronze, Zinn, Blei, Aluminium, Zink und Legierungen davon) verboten war, sofern der Versand 25% des Gewichts der Ware nicht übersteigt, und sofern die Ware nicht unter ein besonderes Verbot eingereiht werden kann, Maschinen und Maschinenteile jedweder Art mit nicht mehr als 25% Metall — aber keine graphischen Maschinen —, sofern die Maschine oder der Maschinenteil nicht unter ein besonderes Verbot eingereiht werden kann, Pelzwerk und Pelzfelle, lichtempfindliches photographisches Papier, Schönheitsmittel, aber keine Seifen.

Das Justizministerium hat des weiteren Befreiung für die Ausfuhr von Warenproben ohne Wert — ausgenommen Lebensmittel, Tabak und Seife — aus Dänemark nach Norwegen, Schweden und den Niederlanden, Belgien, England, Frankreich, Italien und überseeischen Ländern zugestanden, sofern der Versand mit der Post erfolgt, das Gewicht der Proben 350 g nicht übersteigt, und der Absender bei der Absendung eine schriftliche Erklärung auf Treu und Glauben darüber abgibt, daß im Einzelfalle kein Anlaß vorliegt, die Richtigkeit dieser Angabe zu bezweifeln. Die auf Grund der geltenden Vorschriften für den Postversand der Waren bestehenden übrigen Bedingungen müssen erfüllt sein.¹⁾ on.

Schweden. Die Handelskommission des Staates teilt mit, daß jetzt Ausfuhrlicenzen ohne Begrenzung der Gültigkeitsdauer bewilligt werden; sie werden in so großer Ausdehnung erteilt, wie das mit Hinsicht auf die herrschenden Verhältnisse möglich ist. (Svenska Dagbladet vom 6./2. 1919.) on.

Die Eisen-, Zement-, Leinöl-, Farben- und Firnisrationierungen sind aufgehoben worden. (Svensk Handelstidning v. 5./2. 1919.)¹⁾ ll.

Tschecho-slowakische Republik. Geltung der Schutzmarken (vgl. Angew. Chem. 32, I, 48 [1919]). Nach einem Erlaß des tschecho-slowakischen Handelsministeriums vom 31./12. 1918 an die Handels- und Gewerbekammern behalten Schutzmarken, die seinerzeit in das Zentralmarkenregister in Wien eingetragen wurden, ihre Geltung für das Gebiet des tschecho-slowakischen Staates. Es ist jedoch notwendig, daß die Inhaber dieser Marken durch Vermittlung der zuständigen Handels- und Gewerbekammern spätestens bis zum 30./6. 1919 neue Anmeldungen mit einem Abzug der Marke vorlegen. Die Handels- und Gewerbekammer wird in diesem Falle bei der neuen Anmeldung die Nämlichkeit der neu angemeldeten Marke mit der Schutzmarke, die seinerzeit zum Schutze angemeldet worden war, bestätigen. Die abgelaufene Geltungsdauer wird in die zehnjährige Schutzzeit eingerechnet. Markenstreitigkeiten sind neu einzuleiten.

Durch einen weiteren Erlaß vom 31./12. 1918 wird der Handels- und Gewerbekammer in Prag aufgetragen, sofern Angehörige ausländischer Staaten sich auf Grund internationaler Verträge um die Eintragung ihrer Schutzmarken im Gebiet der tschecho-slowakischen Republik bewerben werden, diese Eintragung zu besorgen. dn.

Deutsch-Österreich. Ausfuhrbeschränkungen. Das Verzeichnis der Waren, deren Ausfuhr und Durchfuhr über die Grenzen Deutsch-Österreichs nur auf Grund von Bewilligungen zugelassen wird, wurde durch die Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Kriegs- und Übergangswirtschaft vom 5./12. 1918, St.-G.-Bl. Nr. 6 vom Jahre 1919, neu aufgestellt. In dieser Liste interessieren den Chemiker: Salz, Saccharin, Erze, Magnesit, Gerbstoffe, Gummien, Harze, Mineralöle und deren Produkte, Metalle aller Art, roh und in Halbfabrikaten, Platin; von chemischen Hilfsstoffen und Produkten: a) Grundstoffe und anorganische Verbindungen: Quecksilber, Antimon, Phosphor, Phosphorsäure und Phosphorverbindungen, Schwefel, Schwefelkohlenstoff und Chlorschwefel, Chlor, flüssig, Salzsäure und Chlorate aller Art, Brom, Borax und Borsäure, Arsenik und Arsensäure, Chromate aller Art, Kupfervitriol, Calciumcarbid, Ätznatron und Soda, auch doppeltkohlensaure (Bicarbonat), Kalkstickstoff, Ammoniak und Ammoniakverbindungen, sowie salpetersaure Salze, Glaubersalz, Wasserglas, fest und flüssig, alle Kaliverbindungen und Kalisalze, Kryolith, künstlicher und natürlicher, Alaun. b) Organische Verbindungen und chemische Zubereitungen: Steinkohlenteeröle und deren Derivate, Druckerschwärze, Schuhwischse, Schuhcreme (ausgenommen in Aufmachungen für den Detailverkauf), ferner Lederfette und Schmierer, Essigsäure, essigsaurer Kalk, Glycerin, roh und raffiniert, Seifensiederunterlage, Lysol, Lysoform, Formaldehyd und Formaldehydzubereitungen, Chloroform, Äthyl- und Methylalkohol, Äthyläther und alle anderen einfachen und zusammengesetzten Äther, Gelatine und Leim aller Art (mit Ausnahme der Gelatinwaren), Albumin, Casein, Stärke (auch Stärkemehl), Stärkegummi und nicht besonders benannte Gummisurrogate, Kleister, Schlichte und andere stärkemehlhaltige Klebe-

und Appreturmittel, Preßhefe, Teerfarben, Arzneiwaren und Arzneistoffe aller Art (mit Ausnahme von Bade- und Quellsalzen); ferner Kerzen, Seifen, Zündwaren, natürliche und künstliche Düngemittel. (Österr. Ch. Ztg. v. 19./3.) Gr.

Aufhebung der Transportscheinpfllicht. Die Beibringung von Transportscheinen bei Beförderung u. a. von Eisenmaterialien, Soda aller Art sowie Ätznatron, Schuhwaren, Leder und Lederabfällen, Sensen und Sicheln, Kesseln, Korkholz und Hopfen ist aufgehoben worden. dn.

Deutschland. Nach § 4 der Polizeiverordnung, betreffend den Verkehr mit verflüssigten und verdichteten Gasen, sind Schutzkappen für Ventile mit einer Öffnung zu versehen, die den bei Undichtheit der Ventile ausströmenden Gasen Abzug gewähren soll. Bei den Schlüsselkappen ist die Vierkantlochung von 9 mm im Quadrat im oberen Boden für den genannten Zweck ausreichend, ohne daß durch Stauung der Gase in der Kappe ihre Sprengung zu besorgen ist. Dagegen hat sich die bisher übliche seitliche Bohrung der Glockenkappen von je etwa 3 mm im Durchmesser nach explosionsartigen Zerstörungen der Kappen von Kohlen säureflaschen als unzureichend erwiesen. Der Reichskommissar für die Bewirtschaftung verflüssigter und verdichteter Gase hat deshalb bereits zwischenzeitliche Anordnungen getroffen, indem er bei neuen Glockenkappen entweder eine in der oberen Sechskantmutter einzugießende Öffnung von etwa 10 mm Durchmesser oder zwei seitliche Öffnungen von je mindestens 7 mm Durchmesser vorge-schrieben hat. Gr.

Wirtschaftsstatistik.

Die Welterzeugung von Kakao hat im Jahre 1917 schätzungsweise 332 000 t betragen gegen 295 000 t im Jahre 1916, 298 000 t im Jahre 1915 und 277 300 t im Jahre 1914. Die Steigerung entfällt hauptsächlich auf die englischen Kolonien. Auf die einzelnen Länder verteilt sich die Kakaoerzeugung des Jahres 1917 wie folgt (in t): Englische Kolonien 145 160, Ecuador 40 000, Brasilien 55 622, St. Thomas 30 884, Fernando-Po 3747, Venezuela 16 000, St. Domingo 24 300, Haiti 1543, Cuba 1500, Java 1555, Surinam 1927, Französische Kolonien 1600, Kongo 782, Deutsche Kolonien 4000, andere Länder 3500. (Economiste Français.) u.

Niederländisch-Indien. Die Erzeugung von Zinn auf Banka beläuft sich im Jahre 1918 auf 142 186 Pikul (1 Pikul = 60,45 kg) gegen 161 238 Pikul im Jahre 1917. („Nieuwe Rotterdamse Courant“ v. 23./1. 1919.) on.

Über die großen Veränderungen der für die Zuckerausfuhr aus Batavia in Frage kommenden Absatzgebiete schreibt „Nieuwe Rotterdamse Courant“ vom 19./1. 1919: Um nur die größten Veränderungen zu nennen, möge erwähnt werden, daß die Ausfuhr nach England von 412 000 t in der Zeit vom 1./4.—31./10. 1916 auf 13 000 t im gleichen Zeitraum von 1918 zurückgegangen ist. Dagegen ist die Ausfuhr nach Singapore von 32 000 t auf 148 000 t gestiegen, nach Hongkong von 83 000 t auf 185 000 t, nach Japan von 45 000 t auf 165 000 t, während gleichzeitig die Gesamtausfuhr von 955 000 auf 795 000 t zurückgegangen ist. In den letzten beiden Jahren kommen die Niederlande in dieser Ausfuhrstatistik infolge der Verschiffungsschwierigkeiten überhaupt nicht mehr vor. (W. d. A.) on.

Verbrauch von Chemikalien in den Bergwerken Britisch-Süd-afrikas. Antlichen Berichten zufolge belaufen sich die während des Jahres 1917 verbrauchten Materialien insgesamt auf fast 15 Mill. Pfd. Sterl. Zu den hauptsächlichsten Posten gehörten: Kerzen 381 880 Pfd. Sterl., Carbid 90 703 Pfd. Sterl., Zement 82 850 Pfd. Sterl., Cyanid 415 133 Pfd. Sterl., Desinfektionsmittel und Hospitalerfordernisse 32 608 Pfd. Sterl., Chemikalien und Schmelzerfordernisse 143 032 Pfd. Sterl., Sprengstoffe 1 856 794 Pfd. Sterl., Blei, Roheisen und Blech 4130 Pfd. Sterl., Kalk 119 586 Pfd. Sterl., Schmieröle 144 454 Pfd. Sterl., Fett und Talg 106 835 Pfd. Sterl., Quecksilber 47 815 Pfd. Sterl., Metalle 28 292 Pfd. Sterl., Transformatoren- und andere Öle (außer Schmierölen) 13 980 Pfd. Sterl., Farben, Teer, Trockenmittel usw. 28 161 Pfd. Sterl., Paraffin 33 778 Pfd. Sterl., Petroleum 28 710 Pfd. Sterl., Seife 12 001 Pfd. Sterl., Natron 19 446 Pfd. Sterl., Zink und Zinkscheiben 311 016 Pfd. Sterl. Südafrikas industrielle Entwicklung hat in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen. Augenblicklich gibt es 75 Fabriken, die sich mit der Erzeugung von Drogen, Chemikalien (einschließlich Düngemittel), Farben, Lacken usw. befassen (vgl. a. Angew. Chem. 31, III, 430, 537 u. a. O.) dn.

Die Kautschukaufuhr Boliviens aus den drei Hauptausfuhrzentren des Nordens mittels der „Madeira-Mamore“-Eisenbahn im ersten Halbjahre 1918, verglichen mit dem entsprechenden Zeitraum der beiden vorhergehenden Jahre, betrug 1 645 372 (2 017 020 und 1 607 774) kg. Eine erhebliche Stockung der Ausfuhr infolge Schiffsraum-mangels in den atlantischen Häfen trat im Juni ein. (Board of Trade Journal vom 26./12. 1918.) dn.

¹⁾ W. N. D. Überseedienst.

Übersichtsberichte.

Mit den einheimischen **amerikanischen Kaliquellen** scheint es noch nicht weither zu sein, wie aus einem Aufsatz von F. W. Brown, einem mit der Erforschung von Düngemittelquellen vom amerikanischen Bureau of Soils betrauten Assistenten, in der Mining and Scientific Press v. 7./12. 1918 hervorgeht. Unsere wiederholten Berichte über die sehr mäßigen Erfolge der Kaligewinnung aus den Ablagerungen des Searles-Sees in Californien (Angew. Chem. 31, III, 6, 240, 463, 614, [1918]), werden dort durch folgendes Urteil bestätigt: Bisher ist Kali aus diesem Vorkommen noch nicht in nennenswerten Mengen gewonnen worden. Auch ist noch keine Methode ausfindig gemacht, die es gestattet würde, Kali daraus zu Preisen zu gewinnen, die einen Wettbewerb mit den deutschen Salzen gestatten würden. Möglich ist das indessen noch, und dann wird eine Bezugsquelle eröffnet sein, die Amerika auf viele Jahre versorgen kann. Über die Seetangausnutzung schreibt Brown: „Mit der Entwicklung und Demonstrierung einer wirtschaftlichen Methode der Gewinnung von Kali aus Seetang sollte eine amerikanische Kaliindustrie an der Küste des Stillen Ozeans entstehen, die instande wäre, aus diesen Mengen von Riesentang hochprozentige Kalisalze zu liefern. Das Bureau of Soils errichtet zur Zeit in Summerland in Californien eine Versuchsstation, um die besten Methoden dieser Gewinnung festzustellen. Da die meisten Seetangbecken innerhalb der Dreimeilengrenze liegen, werden Gesetze in Californien, Oregon und Washington und ein Bundesgesetz für Alaska nötig sein, um Schutz gegen ein Drau losschneiden des Seetangs zu schaffen und eine Verordnung über das Seetangschneiden, mittels deren ein Unternehmer, der sich eine Anlage für die Tangaussnutzung errichten will, sicher sein kann, daß er seinen Rohstoff ohne Übergriffe von seiten von Mitbewerbern bekommt. Es sind jetzt Bemühungen im Gange, um den Erlaß solcher Gesetze herbeizuführen.“ — Offenbar, bemerkt das City-Blatt, ist Amerika nicht gewillt, sich in Zukunft, wo es sich um Düngemittel handelt, am Gängelbände führen zu lassen oder vor Deutschland das Knie zu beugen. Ec.*

Über die wirtschaftlichen Verhältnisse Bulgariens geben die im Auftrage des österreichischen Handelsministeriums herausgegebenen Berichte der österreichisch-ungarischen Konsularämter (erschienen im November 1918) wertvolle Informationen. Auf dem Gebiete des Bergbaues und der Salinen war die Regierung vor allem darauf bedacht, die Erzeugung des Staatskohlenbergwerkes in Pernik zu fördern und die nötigen Vorbereitungen zu treffen, um auch alle übrigen betriebsfähigen staatlichen Kohlenbergwerke zur Sicherstellung des Steinkohlenbedarfes des Königreiches auszunützen. So wurden beispielsweise im Budget des Handelsministeriums für das laufende Jahr neue Kredite zur Ausgestaltung des Montanwesens eingestellt. Darunter 250 000 Lewa für die Vorbereitung des Betriebes der staatlichen Kohlenbergwerke des südbulgarischen Kohlenbeckens bei der Station Rakovski Haskovo sowie zur Inbetriebsetzung der Kohlengrube „Belno Verch“ im Trevnaer Balkan; 200 000 Lewa zur Erforschung und Ausbeutung von Bergwerken, Steinbrüchen und Mineralquellen; 80 000 Lewa für den Ankauf einer großen kombinierten Tiefbohrmaschine. Das bisher wenig ausgenützte staatliche Kohlenbergwerk in Bobov-Dol soll in Zukunft einer rationellen Ausbeutung unterworfen werden, zu welchem Behufe nebst der anzubahnenden Verbesserung des Betriebes eine schmalspurige Eisenbahnverbindung des Bergwerks mit der Station Dupnitsa hergestellt wird. Man hofft, die Tageserzeugung dieses Bergwerkes in absehbarer Zeit auf etwa 400 t zu erhöhen. Im Jahre 1916 wurden aus dem Bergwerke 9211 t Kohle gefördert. — Infolge der Erzeugungssteigerung, der Materialanschaffungen und des Mehrerfordernisses an Arbeitslöhnen war der finanzielle Aufwand für die Erhaltung des staatlichen Kohlenbergwerkes in Pernik sowohl als auch des in Bobov-Dol erheblich größer als in den vorangehenden Jahren. Aus dem Perniker Staatskohlenbergwerk wurden im Jahre 1916 609 000 t Steinkohle gefördert, so daß gegenüber dem Jahre 1914 eine Mehrerzeugung von etwa 107% erzielt worden ist. Derzeit werden in Pernik rund 2200–2300 t Kohle täglich gefördert. Trotz der gesteigerten Förderung war Kohle im Jahre 1916 für den Privatverbrauch schwer und nur in unzulänglichen Mengen zu beschaffen, was wohl auf den außerordentlichen Mehrbedarf für die Eisenbahnen und im allgemeinen für staatliche Zwecke zurückzuführen sein dürfte.

Deutschland erhielt das Recht, die bisher vernachlässigten Kupferbergwerke in Plakalnitsa und Bor auszubeuten, und es hat mehr Kupfererze aus diesen Bergwerken zutage gefördert, als früher in langen Jahren geschah. Im Gebiete des Ägäischen Meeres wurde ein neues Manganerzlager festgestellt, das reines Mangan aufweisen soll. Das zu militärischen Zwecken in der Nähe Varnas an der Meeresküste mit italienischen Kriegsgefangenen in Betrieb gesetzte Manganbergwerk Bela wurde wegen zu geringer und minderwertiger Ausbeute wieder verschüttet. — Blei und Zink wurden in Blagodat in Bosilegrad gewonnen. 1902–1910 wurden insgesamt in Bulgarien 63,017 t Kupfererze, 9290 t Bleierze, 2397 t Zinkerze, 12,089 t Zink- und bleihaltige Erze, 1034 t blei- und kupferhaltige Erze und 1930 t Manganerze gewonnen. Für Mineral-

ausbeutung wurden an Schürfrechten eingeräumt 1910: 209; 1911: 1167; 1912: 172; 1913: 44; 1914: 171; 1915: 296; 1916: 264.

Die russische Gesellschaft, welche 1./1. 1906 die Konzession zur Salzgewinnung bei Atana-Riöj (Atanaskösker See) an der Küste des Schwarzen Meeres erhalten hatte, brauchte zwei Jahre zu den Vorarbeiten, der Anlegung von 21 Bassins, wovon jedes 200 000 bis 1 000 000 kg liefern sollten. Die Ergebnisse waren 1911: 4 638 500 kg; 1912: 4 265 000 kg; 1913: 4 819 400 kg; 1914: bis 1./7. 1 140 000 kg, im Reste des Jahres geschätzt auf 3 400 000 kg, somit zusammen auf etwa 4 800 000 kg. Das Ergebnis der Salzbasins in Anchialo waren bisher rund 2 Mill. kg. Atanaskiöj und Anchialo zusammen ergaben 1914 rund 9000 t. Die Salzteiche bei Dodeagatsch erzeugten 1913 4000–5000 t, 1914 nur 1500 t, wegen der schädigenden Regengüsse, und auch das Salz war minderwertig; im allgemeinen litt die Salzerzeugung unter dem Mangel an Arbeitskräften.

Die Zuckerrfabrikation wurde in der Kampagne 1916/17 etwas verspätet in Angriff genommen. Infolge der durch die Dürre beeinträchtigten Rübenenernte wurde in der letzten Kampagne weniger Zucker erzeugt als ursprünglich in Aussicht genommen war. Man schätzt die Gesamterzeugung an Zucker auf rund 1000 Waggons, wovon mehr als die Hälfte auf die Zuckerfabrik in Gorna-Orehovitz entfiel. Die Herstellung umfaßte überwiegend Krystallzucker, und zwar wegen der niedrigen Gesteungskosten und der günstigeren Verpackungsmöglichkeit. Würfelzucker, Concassé, Pilé und Segmente wurden in beschränkterem Maße erzeugt, und zwar hauptsächlich von der Gorna-Orehovitzer Zuckerfabrik. Die einer belgischen Kapitalistengruppe gehörende Zuckerfabrik in Rustschuk wurde von den Lokalbehörden mit Beschlagnahme belegt. Die im Jahre 1897 von einem belgischen Konsortium gegründete Zuckerfabrik in Sofia ist nunmehr in den Besitz der Balkanischen Bank in Sofia übergegangen. Im Herbst des Berichtsjahres wurden behufs Erwerbung der Aktien der Zuckerfabrik in Sofia mit der Solvay-Gruppe in Brüssel Verhandlungen eingeleitet, die im Jahre 1917 zum Abschluß gebracht worden sind. Die belgische Aktiengesellschaft tritt in Liquidation, und das Unternehmen wird von der Balkanischen Bank in eine neugegründete bulgarische Gesellschaft eingebracht. (Inzwischen ist die erwähnte Gesellschaft unter der Firma „Nationale Aktiengesellschaft für Zuckerindustrie in Sofia“ mit einem Kapital von 8 Mill. Lewa gegründet worden.) Die Sofiaer Zuckerfabrik ist die älteste der bulgarischen Zuckerfabriken; sie kann in normalen Zeiten etwa 1000 Waggons Zucker erzeugen. Im Hinblick darauf, daß die im Jahre 1913 in Betrieb gesetzte Zuckerfabrik in Gorna-Orehovitz sich im Besitz der Prager Kreditbank befindet, bedeutet die Erwerbung eines weiteren Betriebes dieser Industrie durch österreichisches und ungarisches Kapital eine Stärkung des österreichischen Einflusses.

Die Spiritusindustrie, die gut entwickelt ist, konnte infolge Mangels größerer Vorräte an Rohstoffen 1916 keine entsprechende Tätigkeit entfalten, und als Folge hiervon war ein Rückgang der Erzeugung zu verzeichnen. Das Komitee für öffentliche Fürsorge hatte den Preis für 95 gradigen Spiritus für Genußzwecke auf 3,70 Lewa für 1 l festgesetzt. Auf offenem Markte war Spiritus im Berichtsjahre kaum erhältlich.

Die Brauereien waren infolge Mangels an Rohmaterial, namentlich Gerste, gezwungen, ihre Erzeugung im Jahre 1916 entsprechend einzuschränken. Einige Brauereien in der Provinz, hauptsächlich solche, die über keine Kühlanlagen verfügen, haben den Betrieb eingestellt. Das erzeugte Bier wurde zu wesentlich höheren Preisen abgesetzt als im Vorjahre, und zwar stiegen dieselben von 60 auf 80 bis 100 und 120 Lewa für 1 hl. Die Nachfrage nach Bier war sehr rege, konnte aber wegen der beschränkten Vorräte nicht voll befriedigt werden. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß der Verbrauch von Bier im Königreich zunimmt, und zwar in dem Maße, als sich die Weinerzeugung verringert und der Wein im Preise steigt. — Die im Konsularbezirk Rustschuk bestehenden sechs Bierbrauereien konnten zwar das ganze Jahr hindurch die Herstellung fortsetzen, mußten aber hauptsächlich wegen Mangels an Malz und Brennmaterial im Jahre 1917 ihre Betriebe einstellen. Der Preis des Bieres steigerte sich von 70 Lewa bis jetzt auf 140 Lewa für 1 hl loco Brauhaus. Die Erzeugung belief sich 1916 auf mehr als 60 000 hl. Die Bierbrauerei in Schumla sowie jene in Varna-Galata arbeiteten intensiver als vor dem Kriege, begünstigt durch den Weinmangel. Die Vorräte an verschiedenen Bedarfsartikeln für die Brauereien, wie Ammoniak, Pech, Schläuche und andere Kautschukartikel, Korke, Maschinenöle, Flaschen usw., sind sehr zusammengeschrumpft, und es dürften nach Eintritt normaler Verhältnisse starke Bezüge in diesen Artikeln stattfinden.

Die meisten Seifenfabriken stellten 1916 ihren Betrieb wegen Materialmangels ein, die größeren wurden durch die Generaladministration der Heerestransporte requiriert, und die gesamte Erzeugung von Seife ging unter unmittelbarer Kontrolle dieser Behörde vor sich. Im Oktober 1916 fand eine Konferenz aller Seifenfabrikanten statt, bei welcher beschlossen wurde, ein Syndikat zu gründen, um die unter dem Mangel an Fetten und Soda leidende Fabrikation zu heben. Von Seite der Bevölkerung wurde vielfach

versucht, das unentbehrliche Quantum im Hause zu kochen, was meist aus Mangel an Ingredienzien und Fachkenntnissen mißlang.

In Petroleum waren zu Anfang der Berichtsperiode (1916) zwar noch genügend Vorräte an loser Ware vorhanden, doch war deren Verteilung auf die einzelnen Verbrauchsplätze wegen Mangels an Transportmitteln und Gefäßen für die Verpackung des Petroleums eine sehr ungleichmäßige. So herrschte beispielsweise in Sofia vollkommener Mangel an diesem wichtigen Artikel. Da russisches und amerikanisches Petroleum nicht mehr zur Einfuhr gelangte, deckte die bulgarische Aktiengesellschaft „Naphtha“ bis zum Eingreifen Rumäniens in den Weltkrieg fast den ganzen Bedarf mit rumänischer Ware. Im Großverkehr wurde Kannenpetroleum zum behördlich normierten Preise von 11—12 Lewa die Blechkanne, die lose Ware zu 55 Centimes das l ab Reservoir gehandelt. Die Detailvertriebspreise waren jedoch viel höher und nicht auf allen Plätzen gleich. Nach Ausbruch des Krieges mit Rumänien trat im ganzen Lande empfindlicher Mangel an Petroleum ein. In einigen Provinzplätzen wurden die noch vorhandenen geringen Vorräte unter der Hand zu außergewöhnlich hohen Preisen verkauft. Erst gegen Jahreschluß wurde dem empfindlichen Petroleummangel durch Zufuhren aus Österreich-Ungarn und aus den okkupierten Gebieten Rumäniens einigermaßen abgeholfen. Mittels Verordnung des Zentralkomitees für öffentliche Fürsorge wurde der Preis für Petroleum rumänischer Provenienz für das Gebiet der Dobrudscha mit einer Lewa das l festgesetzt. Als Ersatz für Petroleum, welches auch später schwerer zu beschaffen war, wurde in stärkerem Maße Carbid verbraucht.

Medizinische Watte und Verbandstoffe waren 1916 sehr gesucht; sie konnten jedoch für den Handelsbedarf nur sehr schwer und zu hohen Preisen beschafft werden. Zum Teile gelangten auch inländische Erzeugnisse in den Handel. Die eingeführte Ware kam aus Deutschland und Österreich-Ungarn. Zu bemerken wäre, daß die in Bulgarien tätigen ausländischen Sanitätsmissionen große Mengen dieser Artikel mitgeführt und nachgeschafft haben.

Die Papiereinfuhr war durch Bezugsschwierigkeiten sehr eingeengt und daher nicht als regulär zu bezeichnen. Die deutsche Industrie bekundete lebhaftes Interesse für den bulgarischen Markt und hat einen Teil des Bedarfes der Staatsdruckerei gedeckt, ferner billiges Druckpapier für die Zeitungsdruckereien, dann in kleineren Mengen Merkantilpapier, Buntpapier und Kuverte geliefert. Nach dem Kriege dürften sich die deutschen Fabriken aber in stärkerem Maße um das bulgarische Papiergeschäft bewerben. Im Jahre 1914 wurden im ganzen 4 059 719 kg Druck-, Schreib-, Zeichen- und Packpapier nach Bulgarien eingeführt, hiervon entfielen 3 276 001 kg auf Österreich-Ungarn und 783 718 kg auf Deutschland. Für die letzten zwei Jahre sind die Einfuhrziffern noch nicht bekannt.

Im Ledergeschäft stand der starken Nachfrage ein geringes Angebot gegenüber, ein Umstand, der im Vereine mit dem Ausbleiben des Auslandsbezuges die Hausse der Lederpreise verschärfte.

Glaswaren. In Tafelglas war der Verbrauch infolge der eingeschränkten Bautätigkeit viel geringer als in normalen Zeiten. Da aber die Lager wegen der unterbrochenen Einfuhr nahezu vollständig geräumt waren, verzeichnete dieser Artikel Nachfrage und erzielte gute Preise. Die gangbaren Handelsdimensionen wurden anfangs bis zu 80 Lewa die Kiste gehandelt, während später nach dem Eintreffen größerer Sendungen ein Rückgang des Preises auf etwa 50 Lewa erfolgte. Nach den Angaben bulgarischer Händler sind zahlreiche Sendungen, die im Jahre 1915 über Rumänien nach dem Königreiche versandt worden waren, erst im Berichtsjahre eingetroffen. Das Hauptgeschäft entfiel auf die Vereinigten österreichischen Tafelglasfabriken. In geringerem Maße wurde belgische Ware aus Deutschland eingeführt. Im Jahre 1916 wurden nach dem Königreiche mit Ausschluß des Gebietes von Varna rund 52½ Waggon Fensterglas aus Österreich-Ungarn eingeführt. In Hohlglaswaren, namentlich in Wirtgeschirren, machte sich infolge der knappen Bestände Mangel fühlbar. Die Bezüge erfolgten in kleinen Posten, nach Maßgabe der vorhandenen Transportmöglichkeiten, zumeist aus der Monarchie. Die Einfuhr von Flaschen aus Österreich-Ungarn ist in normalen Jahren bedeutend. 1916 konnten nur geringere Quantitäten, hauptsächlich Kognakflaschen zu 3—5 dl, aus der Monarchie bezogen werden.

Chemikalien. Im allgemeinen konnte nur der dringendste Teil des Bedarfes, und zwar überwiegend in Deutschland mit spezieller Ausfuhrbewilligung gedeckt werden. Die Preise der einschlägigen Artikel, und zwar Schwefelsäure, Ätznatron, Weinstein, Naphthalin, Desinfektionsmittel usw. waren wegen unzulänglicher Vorräte sehr hoch. In Ätznatron, Ammoniak soda, Eisenvitriol, Naphthalin und Natriumbicarbonat waren auch österreichische und ungarische Firmen an der Deckung des Bedarfes stark beteiligt. Infolge des Petroleummangels entwickelte sich ein reges Einfuhrgeschäft in Carbid. Es wurden bedeutende Mengen aus Deutschland, dann Österreich-Ungarn und Schweden eingeführt. Die Preise schwankten zwischen 5 und 8 Lewa das kg. — Arzneiwaren waren angesichts der erschöpften Lagervorräte ebenfalls stark nachgefragt. Der Bezug einschlägiger Artikel begegnete jedoch, namentlich in

der ersten Jahreshälfte, wegen der in den Herkunftsländern bestehenden Ausfuhrverbote, großen Schwierigkeiten. Später bewilligte Deutschland die Ausfuhr der dringend benötigten Artikel nach Bulgarien, und zwar wurden namentlich Chinin, Aspirin, Jod, Phenazetin und Quecksilber von dort eingeführt. — Farbwaren. Indigo, für den Bedarf der Textilindustrie, ferner Waschblau, hat Österreich-Ungarn in größeren Quantitäten nach Bulgarien geliefert. Größere Einfuhr hat ferner in Anilinfarben stattgefunden, und zwar gelangten vornehmlich deutsche Lieferungen in den Handel.

Da die inländische Industrie wegen Mangels an Rohstoffen nur sehr wenig Seife erzeugen konnte, andererseits die Bezüge aus dem Auslande unzulänglich waren, konnte die Nachfrage nur zum geringen Teile befriedigt werden. Seitens des Fürsorgekomitees wurden die Preise für Waschseife je nach Qualität mit 3, 2,20 und 1,50 Lewa das kg festgesetzt.

Wenn auch die chemische Industrie in Bulgarien vom Staate gefördert wird, indem sie auch die begünstigenden Wohltaten des Industriegesetzes genießt, so ist sie doch sehr wenig entwickelt, so daß sie den Heimatbedarf bei weitem nicht zu decken imstande ist. Österreich-Ungarn hat sich bisher mit Erfolg in Chemikalien im engeren Sinne des Wortes beteiligt. Es lieferte hauptsächlich Eisenvitriol, Kupfervitriol, Naphthalin, Paraffin, Ceresin, Schwefel- und Weinstensäure, Krystallsoda, Carbonsäure, Schwefel, Kartoffelmehl, Leim usw., mußte aber in vielen einschlägigen Artikeln England und Frankreich den Vorrang lassen. Es ist jedoch mit Sicherheit anzunehmen, daß nach dem Kriege Österreich-Ungarn seine Quote nicht unwesentlich wird steigern können. Auch sollte der Einführung künstlicher Düngemittel Beachtung geschenkt werden, der allerdings eine geschickte Propaganda zu Hilfe kommen müßte, da der bulgarische Landmann dieser Neuerung ein nicht geringes Mißtrauen entgegenbringen wird. In Drogen und Medikamenten war bisher Deutschland als Lieferant an der Spitze. Die Einfuhr dieser Erzeugnisse ist bedeutend. Es sollte daher der österreichischen und ungarischen Industrie gelingen, mit Erfolg in den Wettbewerb zu treten und namentlich die darin nicht zu unterschätzende Konkurrenz Frankreichs zurückzudrängen.

Marktberichte.

Wie im vergangenen Jahre veröffentlicht die Deutsche Bank auch diesmal wieder **graphische Tabellen über die Preisentwicklung wichtiger Rohstoffe** in den Jahren 1916—1918. Die Tabellen beziehen sich auf Baumwolle, Blei, Kupfer, Mais, Petroleum, Schmalz, Silber, Zink, Zinn. Neben den Kurven wird eine Zusammenstellung der höchsten, niedrigsten und letzten Preise eines jeden Monats und der letzten drei Jahre gegeben.

Deutsche Kohlen für Österreich. Die vom Staatssekretär für öffentliche Arbeiten Zerdik geführte deutsch-österreichische Delegation, welche in Berlin Unterhandlungen zur Behebung der Kohlennot in Deutsch-Österreich führt, ist nach dort zurückgekehrt. Ungeachtet der eigenen schwierigen Lage hat der deutsche Reichskohlenkommissar zugesagt, einen Teil der Kohlenförderung des oberschlesischen Reviers Deutsch-Österreich zur Verfügung zu stellen, der allerdings augenblicklich nur dazu dienen kann, die drückendste Notlage der Bahnen zu erleichtern. Deutscherseits wurde jedoch in sichere Aussicht gestellt, bei der bald zu erwartenden Besserung der Förderung das Ausmaß der Belieferung Deutsch-Österreichs angemessen zu erhöhen. (B. Z. am Mittag vom 16./2. 1919.)

Freigabe des Handels mit Metallen in Schweden. Die bedeutenden Mengen Metalle, die Schweden in den letzten Wochen von Übersee erhalten hat (im Januar allein 1400 t Kupfer), haben die Industriekommission veranlaßt, dem lebhaften Drängen der schwedischen Industrie nachzugeben und der Regierung die Freigabe des Handels mit Metallen, sowie die Freigabe von deren Verwendung, vorzuschlagen. Der betreffende Regierungsbeschluß ist am 24./1. 1919 ergangen. Weitere Vorschläge zur Aufhebung von Beschlagnahmebestimmungen für verschiedene Waren sind der Regierung von der Industriekommission unterbreitet worden. Der Abbau einer Reihe von Beschlagnahmebestimmungen steht zu erwarten.

Französischer Metalleinkauf in den Vereinigten Staaten. Vertreter der Société Minerais et Métaux de Paris sind in der Union eingetroffen, um Blei, Kupfer und Zink für französische Verbraucher einzukaufen. Die Gesellschaft verkaufte der englischen und französischen Regierung große Bleimengen, und sie rechnet in Zukunft in Frankreich mit einem Absatz von jährlich 200 000 t Blei, 40 000 t Kupfer und 50 000 t Zink. Sie beabsichtigt, große Laboratorien einzurichten, um in jeder Beziehung die Konkurrenz mit der Metallgesellschaft, Frankfurt a. M., aufnehmen zu können. (Metal Bull. vom 7./1. 1919.)¹⁾

Nach einer Reuter-Meldung aus Washington gibt die fortgesetzt steigende **Anhäufung der Kupfervorräte in Amerika** (vgl. S. 35)

¹⁾ W. N. D. Überseedienst.

zu ernstern Besorgnissen Anlaß. Die Arbeiter der Kupferbergwerke sind an die Regierung herantreten und fordern Maßregeln, die den Kupfermarkt vor katastrophalen Ereignissen schützen sollen. Vor allem wird verlangt, daß die Vorräte der Heeres- und Marineverwaltung bei der Demobilisation nicht auf den Markt gebracht werden sollen. *U.*

Petroleumversorgung der Schweiz. Vor kurzem hat sich eine aus drei Mitgliedern bestehende schweizerische Wirtschaftsdelegation nach Italien begeben, um die Einfuhr von 1200 Waggonsladungen Petroleum und Benzin nach der Schweiz zu sichern, die gegenwärtig für schweizerische Rechnung aus Südamerika nach Italien unterwegs sind. (Bund vom 9./2.) *on.*

Der Magnesitbedarf der tschechischen Eisenwerke. Die großen Eisen- und Stahlwerke, darunter Witkowitz, die Prager Eisenindustrie-gesellschaft und die Poldi-Hütte, haben nach einer Prager Meldung das Arbeitsministerium dringend ersucht, die sofortige Beschaffung von Magnesit zu veranlassen. Da es sich um die Beschäftigung von 50 000 Arbeitern handelt, wurde vereinbart, daß behufs monatlicher Einfuhr von 100 Waggons Magnesit zum Betriebe der Eisen- und Stahlwerke im tschecho-slowakischen Staat die Ausfuhr von 80 Bahnwagen Braunkohle und 50 Bahnwagen Ostrauer Nußkohle täglich freigegeben würde. (Neue Freie Presse vom 7./2. 1919.) *U.*

Preise für Stahlwaren in England. Die vom Ausland angebotenen schweren Stahlprodukte (vgl. S. 118) stellen sich 33 1/2 % niedriger als die inländischen Waren. (Alg. Handelsblad vom 4./2. 1919.) *U.*

Von den Eisenmärkten. Die Verhältnisse auf den Eisenmärkten sind seit dem letzten Berichte in keiner Weise besser geworden; vielmehr scheint es, als ob gerade von den in besonderem Maße beteiligten, nämlich den Arbeiterkreisen, alles getan wird, um unsere frühere so überragende Eisenindustrie vollkommen zu vernichten. Die Arbeiter und die A.- und S.-Räte schieben sich mit ihren maßlosen Forderungen immer mehr in den Vordergrund und gewinnen auf die Betriebsführung einen Einfluß, den man nur als verhängnisvoll bezeichnen kann. Dies gilt in erster Linie für den rheinisch-westfälischen Bezirk. Die Erzeugung ist durchweg fast auf die Hälfte der früheren Leistungsfähigkeit zurückgegangen; die Neigung zu Ausständen ist ebenso wie bei den Zechen auch bei den Hüttenwerken vorhanden, und jeder Anlaß wird benutzt, um mit Ausstand zu drohen. Mit der Arbeitsordnung nimmt man es nicht mehr so genau, da man einen Versuch, Ordnungsstrafen zu verhängen, ja so leicht mit einem Ausstande oder ähnlichen Drohungen beantworten kann. Daß unter diesen Umständen ein geregelter Betrieb wie früher nicht möglich ist, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden. Hält man sich dazu noch die durch die achtstündige Schicht verminderte Arbeitszeit und die verminderte Durchschnittsleistung des einzelnen Arbeiters vor Augen, so wird es verständlich, daß die Selbstkosten der Werke derart in die Höhe geschneit sind, daß sie trotz der hohen Verkaufspreise mit Nutzen nicht mehr arbeiten können, daß man nicht mehr von Gewinn-, sondern fast nur von Verlustziffern hört. So wurde z. B. der Betrieb des bekannten Eisen- und Stahlwerkes Hoesch in Dortmund im November und Dezember v. J. mit einem Verluste von 3 Mill. M. abgeschrieben, und auch für den Januar d. J. ist mit einem ähnlich hohen Verluste zu rechnen. Auch das Krefelder Stahlwerk A.-G. kann für das Jahr 1918 keine Ausbeute geben, trotz der ansehnlichen Rücklagen während des Krieges, weil die letzten Monate zu große Verluste gebracht haben! Dies sind nur zwei beliebig herausgegriffene Beispiele, bei vielen anderen Werken (namentlich im westlichen Ruhrbezirk) sind die Verhältnisse sogar noch schlimmer.

Diesen leidigen Arbeitersorgen gegenüber treten alle anderen Schwierigkeiten, mit denen unsere Eisenindustrie sonst noch zu kämpfen hat, mehr in den Hintergrund. Sogar die Sorge um die Beschaffung von Rohstoffen ist noch nicht so einschneidend auf die Betriebsführung der Werke. Vorläufig standen meist noch kleine Vorräte zur Verfügung, deren Nachfüllung aber immer dringender erscheint. Seit Wochen ist die Einfuhr lothringischer wie auch schwedischer Eisenerze durch die Maßnahmen unserer Feinde abgeschnitten. In den Ostseehäfen lagern zwar noch aus früheren starken Zufuhren gewisse Mengen Erz, die den Werken jetzt zugänglich gemacht werden; wenn aber diese verhältnismäßig recht geringen Vorräte verbraucht sind, so muß unsere Eisenindustrie gänzlich erliegen. — Aus den einheimischen Erzbirziken ist die Zufuhr auch nur gering, da die Förderung dort ebenfalls bis auf die Hälfte zurückgegangen ist. Inzwischen sind allerdings in Köln zwischen der französischen Militärbehörde und dem deutschen Beauftragten Dr. Fischer über die Lieferung von Minette aus Lothringen im Austausch gegen Koks Verhandlungen geführt worden und haben auch insoweit zu einem Abschluß geführt, als die Besatzungsbehörden sich grundsätzlich bereit erklärt haben sollen, im Austausch gegen die verlangten 300 000 t Koks jährlich Minette zu liefern. Die Mengen sollen so festgelegt werden, daß auf 1 t Koks 1 1/4 t Minette entfallen, auf 300 000 t Koks also 875 000 t Minette. Im Verhältnis muß diese Gegenlieferung nach Menge und Wert als gering angesehen werden, denn im allgemeinen würde 1 t Koks 3 t Minette bedingen. Indessen dürfte der deutschen In-

dustrie vorläufig auch mit einer geringen Menge gedient sein und über die schwierigsten Verhältnisse hinweghelfen können. Mit Rücksicht auf die großen Transportschwierigkeiten wird es wohl auch nicht möglich sein, zunächst größere Mengen Erze aus Lothringen nach Rheinland und Westfalen zu schaffen; da die Kokezufuhren nach Lothringen bekanntlich schon seit längerer Zeit im Gange sind, bleibt zu wünschen, daß auch die Gegenlieferungen an Erzen ebenfalls bald in Fluß kommen. — Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß die für die zu liefernde Minette geforderten Preise (10 Fr. für 1 t) ganz erheblich höher sind als bisher (4—5 M.). — Die Saarwerke werden mit lothringischen Erzen versorgt; indessen ist zu berücksichtigen, daß diese Werke unter Zwangsverwaltung gestellt worden sind. In welcher Weise diese „Verwaltung“ oder „Beaufsichtigung“ vor sich geht, ist in einem Aufsatz der Rh.-W. Ztg. (vom 14./2. 1919) dargelegt, der weiteste Verbreitung verdient und daher im wesentlichen kurz wiedergegeben sei: „Die Franzosen haben auf den Lothringer Hütten- und Stahlwerken französische Offiziere eingesetzt, ohne deren Einwilligung keine Maßnahmen getroffen werden dürfen. Zum Teil haben diese Offiziere die Tätigkeit der Werkleiter einfach unterbunden, indem sie selbständig Maßnahmen treffen, welche die Werke, die gerade jetzt mehr denn je der Leitung der erfahrenen Beamten bedürfen, dem Ruin entgegentreiben. Es zeigt sich überhaupt, daß die Franzosen einfach unfähig sind, selbst bei gutem Willen eine eraprießliche Tätigkeit im Interesse der Lothringer Industrie durchzuführen. Abgesehen davon, hat man den Eindruck, daß die Franzosen in ihrem blinden Haß gegen alles Deutsche darauf hinarbeiten, besonders die Hütten- und Stahlindustrie zu ruinieren. Daß sie sich dabei letzten Endes ins eigene Fleisch schneiden, erkennen sie nicht zu erkennen oder wollen es nicht erkennen. Die französisch gesinnten Lothringer Handelskammern und selbst die französischen Industriellen scheinen etwas einsichtiger zu urteilen. So haben die Handelskammern von Metz und Diedenhofen, deren Mitglieder fast ausschließlich französisch gesinnt sind, betrt, daß Elsaß-Lothringen ohne den Absatz seiner Erzeugnisse, besonders von Erz und Eisen, nach Deutschland nicht bestehen könne. Durch das Hinzukommen der Elsaß-Lothringer Werke werde die gesamte französische Erzeugung derart groß werden, daß man bald mit einer erheblichen Einschränkung rechnen müsse. Deutschland müsse deshalb im Friedensvertrage gezwungen werden, Kohlen und Koks in ausreichender Menge und zu billigen Preisen nach Elsaß-Lothringen zu liefern; andererseits müsse Deutschland gezwungen werden, die überschüssige Eisen- und Erzerzeugung Lothringens zu nutzbringenden Preisen abzunehmen. — Nach französischen Zeitungsberichten verlangen auch die französischen Industriellen, daß Elsaß-Lothringen nach dem Frieden mit Deutschland in Zollgemeinschaft bleiben müsse, da sonst die französische Schwerindustrie nicht lebensfähig bleibe.“

Erwähnt sei an dieser Stelle, daß über die Verlängerung des Siegerländer Eisenstein-Vereins über den 30./6. 1919 hinaus verhandelt wird; doch dürfte es wahrscheinlich vorläufig nur zu einer Verlängerung auf ein Jahr kommen.

Auch auf dem oberschlesischen Eisenmarkte sind die Verhältnisse ähnlich, wie oben beschrieben. Erwerth wird die Lage der Eisenhütten in der jetzigen Zeit besonders dadurch, daß sie durch den Ausstand der Bergleute gezwungen worden sind, ganz erheblichen Stillstand in ihren Betrieben eintreten zu lassen. Sind nun die Betriebe an und für sich schon infolge der veränderten Verhältnisse sehr eingeschränkt worden, so mußten viele Hüttenwerke jetzt infolge Kohlenmangels ihre Betriebe ganz stilllegen. So ist auf allen Hochöfenwerken des Industriebezirkes die Zahl der Hochöfen, die unter Feuer stehen, erheblich eingeschränkt worden. Hierzu kommt noch, daß auch die tägliche Produktion der Hochöfen nicht unerheblich zurückgegangen ist. Dies hat einestheils seine Ursache in der schwierigen Beschaffung von Koks, andernteils in den schwierigen Betriebsverhältnissen, und drittens in der schwierigen Beschaffung ausreichender Erze. Von den Hochöfen hängen natürlich auch die Stahlwerke ab, welche infolge Mangels an Roheisen nicht voll betrieben werden können. Die Walzwerke sind mit Aufträgen noch reichlich versehen, aber der Eingang neuer Aufträge ist bei der Unsicherheit der künftigen Verhältnisse ziemlich gering.

Wie trostlos die Auffassung der Lage unserer Eisenindustrie in Fachkreisen ist, beweisen die Erörterungen in der letzten Sitzung (13./2.) des Stahlwerkverbandes.

„Die Berichte über die Steigerung der Selbstkosten der Hüttenwerke infolge der ohne jede Rücksicht auf ihre Fortexistenz erfolgenden Lohnforderungen und des Rückganges der Produktion ergaben übereinstimmend die Tatsache, daß auch die bestbegründeten Betriebe in absehbarer Zeit mit dem Verlust ihres gesamten Vermögens und der Notwendigkeit des Erliegens rechnen müssen. Die bisherigen Verkaufspreise decken im allgemeinen nicht annähernd die Selbstkosten, zum Teil kaum deren Hälfte. Trotzdem wurde nur eine Preiserhöhung der Verbandsprodukte (Halbzeug, Formeisen und Schienen) um weitere 100 M je t beschlossen. Die Selbstkosten der Werke werden damit bei weitem nicht erreicht.“ — Der Stabeisenverband hat sich dem Vorgehen des Stahlverbandes angeschlossen und die Verkaufspreise für Stabeisen ebenfalls um 100 M erhöht. Entsprechende Preiserhöhungen sind dann auch von den betreffenden

Vereinigungen festgesetzt worden für Band- und Universal-eisen (um 100 M für 1 t), für Handelsfeinbleche (150 M) und für Grobbleche (125 M). — Daß mit derartig hohen Preisen (noch dazu bei dem schlechten Stande unserer Auslandswährung) an einen Wettbewerb mit der englischen und amerikanischen Industrie auf den neutralen Märkten nicht zu denken ist, bedarf keiner weiteren Ausführungen. Auch die Aufhebung der internationalen Fracht-übereinkommen und der direkten Gütertarife mit der Schweiz, Österreich und Holland wird unser Ausfuhrgeschäft in der nächsten Zukunft weiter beschränken. *Wth.***

Vom amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt. Eine größere Kaufbewegung ist weder im heimischen Geschäft noch im Einfuhrgeschäft zu erkennen. Trotzdem die Notwendigkeit von allen Seiten zugegeben wird, scheint doch niemand einen gangbaren Weg zu finden, Zustände zu schaffen, die für die Abschlüsse verlockend genug sind. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß die mangelnde Weltnachfrage nach Metallen eine Folge der unerwartet raschen Beendigung des Krieges ist. Trotzdem erwartet man eine Besserung der Lage noch vor Eintritt des Frühjahrs. Auch die weitere Ermäßigung der Frachtwerte wirkt günstig auf die Ausfuhrabsichten. — Weitere Preisnachlässe, die nunmehr von den Erzeugern vorgenommen worden sind, wurden als notwendig erachtet, um den Interessen der Käufer entgegenzukommen. Die Schlußfolgerungen gehen dahin, daß der Mangel an bedeutender Nachfrage am offenen Markt während der letzten neun Wochen zum Teil auf das Festhalten an einer Preisbasis zurückzuführen ist, die zu hoch war, um die Kauflust anzuregen. Die Frage der Arbeitsbeschaffung für die Werke bildet einen besonders wichtigen Teil des Problems der Wiederanpassung der Industrie an die Friedensverhältnisse. Im Januar betrug die Stahlbarrenherzeugung 3 083 000 t. (Nach „Iron Age“ 1919.) *Wth.*

Der schwedische Eisenmarkt im Jahre 1918 (vgl. S. 42). Bei einer Zusammenkunft der Eisenwerks-Vereinigung wurden unter anderen folgende Mitteilungen über die Lage des Eisenmarktes gemacht: Die Betriebs- und Absatzverhältnisse im Eisengewerbe haben sich im Jahre 1918 noch ungünstiger gestaltet als im vorhergehenden Jahre. Die Roheisenschmelze hat während des Jahres nur in 112 Hochofen (im ganzen sind 141 vorhanden) stattgefunden. Im Februar waren 112 Eishütten in Betrieb, im September 80 und jetzt bei Schluß des Jahres 85. Die Erzeugung von Roheisen ist aus diesem Anlaß sehr stark zurückgegangen; es wurden nur 674 900 t gegenüber 829 000 t im Jahre 1917 erzeugt. Die Herstellung von Halbzeug weist ebenso einen sehr bedeutenden Rückgang auf. Es wurden nur 615 200 t Rohblöcke und Luppen gegenüber 695 400 t im Jahre 1917 und 737 300 t im Jahre 1916 erzeugt. Auch die Walzwerke haben bedeutend geringere Mengen handelfertiges Eisen und Stahl erzeugt als im Vorjahr. Rohwaren haben in genügenden Mengen zur Verfügung gestanden; sie waren allerdings von minderwertiger Beschaffenheit und nur zu stark gesteigerten Preisen erhältlich. Aufträge für die Ausfuhr sind im vergangenen Jahre sehr gering gewesen. Die Ausfuhr an die kriegführenden Länder war sehr klein, größere Zahlen wurden nur in der Ausfuhr nach Norwegen, Dänemark und Holland erreicht. Trotz dieser Steigerung zeigt die Ausfuhrstatistik für das Jahr 1918 ein trauriges Bild, mit einem Gesamtrückgang in der Ausfuhr von fast 100 000 t im Vergleich mit dem Jahre 1917, von etwa 172 000 t gegenüber dem Jahre 1916 und von über 200 000 t gegenüber dem Jahre 1915. Das Ausfuhrverbot für Eisen und Stahl aller Art hat auf Geschäftsausschlüsse und Lieferungen stark eingewirkt; das machte sich bei den im übrigen schon schwierigen Absatzverhältnissen besonders fühlbar. Da das Eisengewerbe sich in großem Maße allen Bedürfnissen des Landes anpaßt, ist die Einfuhr während des Jahres 1918 ganz gering gewesen und hat nicht mehr als ein Drittel der Einfuhr des Jahres 1916 ausgemacht. Daß die Gesamtsumme nicht noch mehr zurückgegangen ist, ist auf die großen Lieferungen von ausländischen Eisenbahnschienen, die während des Jahres stattfanden, zurückzuführen. Der Übergang vom Krieg zum Frieden hat natürlicherweise auf dem ganzen Weltmarkt Stille im Gefolge. Seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes haben sich die Käufer damit begnügt, nur ihren dringenden Bedarf zu decken. In letzter Zeit haben sich die Anfragen dagegen stark vermehrt; das steht im Zusammenhang mit der allgemeinen Auffassung in den Ententeländern, daß bald eine bessere Konjunktur zu erwarten ist. Allerdings kann einiger Zweifel darüber herrschen, ob der Weltbedarf an Eisen und Stahl für friedliche Zwecke in nächster Zeit sehr groß sein wird. Es scheint deshalb angemessen, der Entwicklung der Verhältnisse vorsichtig entgegenzusehen. (Aftonbladet vom 1./2. 1919.) *U.*

Kartelle, Syndikate, wirtschaftliche Verbände, Zwangswirtschaft, Monopole.

Zuverlässigen Meldungen zufolge ist in England eine Regierungsorganisation zur Konzentration des Lederhandels geschaffen worden; die gesamte Häutegewinnung der Kolonien soll dieser Stelle zur Verfügung gestellt werden. *on.*

Zur Anbahnung der Ausfuhr nach England und Frankreich wird in Prag ein Ausfuhrsyndikat errichtet, das unter ständiger Regierungsaufsicht Garantien übernehmen soll, daß keine deutsche Ware in die Einfuhr sich einmischet. In London und Paris werden tschechoslowakische Ausfuhrinformationräume errichtet, um aus dem tschecho-slowakischen Staate eintreffende Waren ihrer Herkunft nach zu überprüfen, sowie den englischen und französischen Ausfuhrfirmen an Hand zu gehen. *U.*

Vom Zinkhüttenverband. In der Gesellschafterversammlung der Zinkhüttenvereinigung kamen auch die schwierigen Betriebsverhältnisse der Zinkhütten zur Sprache. Die augenblicklichen Herstellungskosten werden durch den bestehenden Zinkpreis angesichts der fortgesetzten Steigerung der Ausgaben für Löhne, Betriebsmaterialien, Kohlen usw. bei weitem nicht gedeckt. Wenn trotzdem für den Augenblick von einer Steigerung des Rohzinkpreises noch abgesehen wurde, so muß diese Erhöhung bei Fortdauer der oben geschilderten Verhältnisse noch in absehbarer Zeit zur Durchführung gebracht werden. (B. L.-Anz.) *Wth.*

Der Schutzverband der Brauereien der Norddeutschen Brauereigemeinschaft hat den Staatssekretär des Reichsernährungsamtes in einer Eingabe um den sofortigen Erlaß einer Verordnung ersucht, durch welche der Stammwürzegehalt des Bieres (vgl. Angew. Chem. 31, III, 341, 609 u. a. O.) von 2 auf 1½% herabgesetzt wird. Die Maßnahme sei erforderlich, wenn nicht in einzelnen Brauereien bereits im Frühjahr, bei den übrigen im Sommer wegen Mangels an Rohstoffen der Betrieb eingestellt oder Betriebe stillgelegt, Arbeiter brotlos und die Bierversorgung unterbunden werden soll. Ursprünglich war eine Gerstenbelieferung der norddeutschen Brauereien mit 7½% in Aussicht genommen, was jedoch nicht zur Durchführung kam, sondern die norddeutschen Brauereien konnten nur 5% erhalten gegen 15% in Bayern. Im Vorjahre machte sich die Belieferung mit ebenfalls nur 5% deshalb nicht so sehr bemerkbar, weil kein Mindeststammwürzegehalt festgesetzt war, das Bier also gestreckt werden konnte. Das ist jetzt nicht mehr möglich, nachdem das Reichsernährungsamt den Stammwürzegehalt auf 2% festgesetzt hat. *dn.*

Die Befugnisse der Reichsstelle für Textilwirtschaft, die mit der Durchführung der wirtschaftlichen Maßnahmen auf dem Textilgebiet betraut ist, werden jetzt durch eine im Reichsanzeiger veröffentlichte Verordnung festgelegt, desgleichen die der Reichswirtschaftsstelle auf dem Textilgebiet. *on.*

Mein Monopol für die Einfuhr von Apothekerwaren in Schweden. Die Medizinalbehörde hat seinerzeit bei der Regierung den Erlaß einer Verordnung angeregt, die dem Arzneimittelausschuß der Behörde das Alleinrecht der Einfuhr gewisser Apothekerwaren und Gegenstände der Krankenpflege verleihen sollte. Gegen den Erlaß einer solchen Verordnung hat inzwischen die Schwedische Farben-, Drogen- und Chemikalienhändlervereinigung Einspruch erhoben. Nachdem die Schwedische Regierung ein Gutachten des Handelsausschusses und des Kommerzkollegiums zu dieser Angelegenheit eingeholt hat, hat sie sich nunmehr zu der Anregung der Medizinalbehörde ablehnend geäußert. (Stockholms Dagblad.) *dn.*

Bureaunkratias in den Kriegsgesellschaften. Ein Seitenstück zu der jetzt noch monatelang nach Einreichung des Antrages erteilten Ausfuhrerlaubnis nach — der Türkei (vgl. S. 126) bei den Mitteilungen des Hanse-Bundes entnommen: Die Bewilligung für Freigabe in der Wirkwarenindustrie erfordert folgenden langwierigen Weg:

1. Der Papiergarnspinner muß eine Lieferungserklärung abgeben.
2. Diese Lieferungserklärung muß mit dem Auftrag des Abnehmers an den Kriegs-Wirk- und Strickverband, Berlin, zur Befürwortung gesandt werden.
3. Dieser Verband gibt den Antrag an den Kriegsausschuß für Textilersatzstoff weiter.
4. Dieser Ausschuß sendet den Antrag zur Stellungnahme an die Reichsbekleidungsstelle.
5. Nach Rückhalt sendet der Ausschuß denselben zur Genehmigung an die Kriegs-Rohstoff-Abteilung.
6. Die K.-R.-A. sendet solchen zurück an den Kriegsausschuß.
7. Der Kriegsausschuß übergibt solchen der Spinnereiausgleichskasse.

8. Die Spinnereiausgleichskasse fordert den Antragsteller auf, den dafür falligen Beitrag zu übersenden, und zwar an ihr Bankhaus.

9. Das Bankhaus benachrichtigt die Spinnereiausgleichskasse von dem Eingang des Betrages, welche dem Kriegsausschuß davon Mitteilung macht.

10. Der Kriegsausschuß für Textilersatzstoffe sendet nun endlich den Verarbeitungserlaubnischein.

Erst jetzt darf der Spinner mit der Anfertigung des Garnes beginnen. Natürlich bleibt bei jeder der Instanzen der Antrag liegen, und es sind mindestens 4–6 Wochen vergangen. Dann stellt sich sehr oft heraus, daß der Spinner inzwischen den Auftrag nicht ausführen kann, oder daß der Abnehmer des langen Wartens müde geworden ist und auf die Ware verzichtet. *Sf.*

Aus Handel und Industrie des Auslandes.

Allgemeines.

Dänemark. Die Handelsverbindung mit den Vereinigten Staaten. „Berlingske Tidende“ vom 5./2. 1919 schreibt, daß die dänischen landwirtschaftlichen Delegierten von den Verhandlungen in London zurückgekehrt sind. Es seien bedeutende Erleichterungen der Bedingungen für Zufuhren erreicht worden, z. B. für die Landwirtschaft Futtermittel (Ölkuchen, Sojabohnen), Kleesaat und Düngemittel (Salpeter, Superphosphat), ferner die Aufhebung der Verpflichtung, auf Grund des amerikanischen Abkommens vom 18./9. 1918 (siehe Angew. Chem. 31, III, 505 [1918]) 1 Mill. Faß Getreide zu liefern, und die Aussicht auf Bewilligung von Maiszufuhren in nächster Zukunft. Die anderen Zufuhrmengen, die auch Kopra für Herstellung von Margarine umfassen, werden der dänischen Industrie zugute kommen.

Das italienische „Handelsnachrichtenamt“ das zum Ministerium für Handel, Industrie und öffentliche Arbeiten gehört, soll jetzt erweitert werden. Zu seiner Unterstützung wird beim Ministerium für Industrie ein Ausschuß für Handelsnachrichten errichtet; ferner wird die vom Handelsnachrichtenamt zweimal monatlich herausgegebene Zeitschrift „Bolletino di Notizie Commerciali“ bedeutend verbessert und dem Umfange nach erweitert werden; endlich wird eine Ausgestaltung des kaufmännischen Auslandsdienstes geplant, indem man besonderes Augenmerk auf die Hebung der Handelskammern im Auslande und des Standes der Handelsattachés verwerden will. Die Zahl der Handelsattachés wurde von zwölf auf fünfzehn erhöht. (Handelsmuseum.)

Bergbau und Hüttenwesen; Metalle.

Brasilien. Neugründung. Durch Verfügung des Präsidenten vom 25./9. 1918 wurde der englischen Gesellschaft *Brazilian Salina r. Ltd.* das Niederlassungsrecht verliehen. Hauptzweck der Gesellschaft ist die Erwerbung und die Ausbeutung der in der Nähe der Stadt Cajapio im Staate Maranhao gelegenen Salzlager und die Ausübung damit zusammenhängender Fabrikationen. (Chem. Trade Journal Nr. 1650.)

Nach einer Meldung der „Times“ vom 29./1. 1919 sind die Aufgaben der neuen Metallbörse in London (s. S. 77) folgende: 1. Die Schaffung und Instandhaltung eines angemessenen Versammlungsortes in London für die am Handel mit Eisen, Stahl und verwandten Produkten interessierten Kreise, 2. die Schlichtung etwaiger Streitigkeiten unter den Mitgliedern der Börse, 3. die Festsetzung gerechter und billiger Grundsätze in diesen Handelszweigen, 4. die Durchführung der Einheitlichkeit in den Bestimmungen und Handelsgewohnheiten, 5. die Aufstellung von Standardmustern, 6. die Ertelung von Auskunft über die industrielle Lage auf allen Märkten und 7. die allgemeine Förderung der Eisen-, Stahl- und verwandten Industrien.

Schweiz. Bei Sembracher (Bezirk Entremont, Kanton Wallis) wurde in einem ehemals in Betrieb gewesenen Bleibergwerk von Professor Wehrli aus Zürich Fluorit in großer Menge gefunden. Für die Schweiz ist diese Entdeckung von um so größerem Wert, als sie Fluorit bisher aus dem Ausland beziehen mußte, hauptsächlich aus Schlesien. (Schweiz. Ind.-Ztg. vom 1./2. 1919.)

Schweden. Ölerzeugung. Für die Förderung von ölhaltigen Steinkohlen sind zwei Konzessionen erteilt worden, und zwar zu gleichen Teilen an Sveriges Industriekreditanstalt und Uddeholms Aktiebolag. Der Betrieb soll in den nächsten Wochen unter Leitung des Bergingenieurs J. H. Nathorst in Angriff genommen werden. Die Konzessionen umfassen eine Bodenfläche von über 1100 ha. Die Steinkohlen sind von besonders wertvoller Beschaffenheit. (Sydsvenska Dagbladet vom 8./2. 1919.)

Norwegen. „Central News“ berichten, daß es einer norwegischen Fabrik gelungen sei, Aluminium aus dem dort in großen Mengen vorhandenen sogenannten Labrador-Stein zu gewinnen. (Fin. News vom 30./11. 1919.)

Böhmen. Geschäftliche Änderung. Die Eisensteinzeche Hilfgottes am Irrgang im Falkenauer Revier, die bisher im Besitz der Skodawerke war, ist der Eisen- und Stahlwerks-A.-G. Hradek übertragen worden. (Die Zeit.)

Chemische Industrie.

Brasilien. Eine amerikanische Firma ist im Begriff, eine Anlage für die Fabrikation von Ätznatron und anderen Chemikalien in der Nähe von Santos zu bauen. Man hofft, daß in naher Zukunft der Staat Sao Paulo der Gesellschaft die erbetene Befreiung von der Zahlung der Industriesteuern, die sich auf 12% ad valorem belaufen sollen, bewilligen wird. Das gesamte Kapital der Firma soll 100 000 Pfd. Sterl. betragen, wovon die Hälfte die amerikanischen Firmen, welche die Maschinen liefern, aufbringen. Die Fabrik wird bei vollem Betriebe täglich 15 t Ätznatron, 15 t Chlorcalcium, 600 kg Salzsäure und 600 kg Kaliumchlorat erzeugen; hierzu werden täglich 25 t Salz, 10 t Kalk, 400 kg Chlorkalium und 3 t Holzkohle gebraucht werden. (U. S. Comm. Rep.)

Tunesien. *Compagnie des Phosphates et du Chemin de fer de Gafsa.* Dem Vernehmen nach betrugen die Versendungen von Phosphat im Jahre 1918 720 181 t gegenüber 474 018 im Jahre 1917 und 684 805 im Jahre 1916. Diese vermehrten Abtransporte dürften ohne Zweifel einen günstigen Einfluß auf die Ertragnisse ausüben, die in den letzten Jahren infolge des durch die Frachtraumnot bedingten Rückganges der Versendungen gelitten haben. Im Jahre 1917 betrug der Gewinn nur 3 024 575 gegenüber 4 343 000 Fr. im Jahre 1916. (Bund vom 3./2. 1919.)

England. Die *Nitrogen Products and Carbide Company* hat die *St. Helens Coal and Firebrick Co. Ltd.* in Warkington durch Zahlung von je 12 Pfund für je 5 Pfund ausgegebenen Aktienkapitals erworben, um auf dem Terrain des alten West Cumberland Works in Warkington eine Anlage zur Herstellung von Kalkstickstoff zu errichten, „mittels dessen man das Vereinigte Königreich von der Einfuhr von Chilesalpeter unabhängig machen will“. Kohle, Kalkstein und billiges Wasser sind in der Gegend in der Nähe zu haben. Carbid wird natürlich ein wichtiges Erzeugnis des neuen Werkes sein, bei dem auch die Gewinnung aller Nebenprodukte der Kohle vorgesehen werden soll. Die Anlage ist auf einen Kohlenbedarf von 3000 t täglich berechnet; die Turbinen werden 120 000 PS. erzeugen. Ein Kapital von 5 1/2 Mill. Pfd. soll aufgewendet werden und der Bau des Werkes, das schließlich 4000 Arbeiter beschäftigen wird, ist auf 2 1/2 Jahre berechnet. Die Gesellschaft beabsichtigt die Kohlen dieser Zeche bei hoher Temperatur zu destillieren, alle Nebenprodukte zu gewinnen und zu Zwischenprodukten für die Herstellung synthetischer Farbstoffe zu verarbeiten; und mittels des Gases und Koks Dampfkeessel zu heizen zwecks Erzeugung elektrischer Kraft zur Herstellung von Calciumcarbid und Kalkstickstoff, um Großbritannien vom Auslandsbezug stickstoffhaltiger Düngemittel unabhängig zu machen. (Fin. News vom 1. u. 4./2. 1919.)

In einem Rundschreiben an ihre Aktionäre teilt die *Nitrogen Products and Carbide Co. Ltd.* mit, daß die Bedingungen, die die norwegische Regierung für die beabsichtigte Verschmelzung mit der *Alby United Carbide Factories Ltd.* (siehe Angew. Chem. 31, III, 464 [1918]) aufgestellt habe, sich als nicht annehmbar erwiesen haben. Es seien indessen Verhandlungen im Gange, die die Vollziehung der Verschmelzung um etwa Mitte des Jahres in der Art ermöglichen würden, wie sie in einem Rundschreiben vom 10./8. 1918 vorgesehen sei, und inzwischen würden beide Gesellschaften im Sinne dieser Verschmelzung eng zusammenarbeiten. (Fin. News vom 4./2. 1919.)

Neugründung. *Carbon Products and Oil Distillation Co. Ltd.*, London, mit 100 000 Vorzugsaktien zu je 2 1/2 sh. und 251 000 Stammaktien zu 10 sh. Die Gesellschaft hat gewisse Patente und Betriebsanlagen für 6000 Pfd. in bar und 125 496 1/2 Pfd. in Stammaktien erworben, und zwar von der *Union and Rhodesian Trust Ltd.*, *Coal Distillers Ltd.* und Herrn F. Hall-Jones. (Financial News vom 30./1. 1919.)

Patentstreitigkeiten wegen Sanatogen. Das Sanatogengeschäft wurde früher in England durch einen Deutschen betrieben. *Genatrea n. Ltd.* behauptete, 1916 das Geschäft vom Zwangsverwalter gekauft zu haben und allein das Geheimverfahren zu besitzen, auf das der Name Sanatogen mit Recht angewandt werden könne. Diese Gesellschaft hat jetzt beim Patentgericht die Wiedereintragung der Bezeichnung Sanatogen für sich beantragt, die sie bisher vermieden hatte. Diesem Antrag haben sich aber *Boots Pure Drug Co.* und andere chemische Fabriken widersetzt, die meist Sanatogen unter diesem Namen hergestellt und abgesetzt haben. Der Controller of Patents hat sich die Entscheidung vorbehalten. Der Fall ist der erste dieser Art. (Financial News vom 31./1. 1919.)

Italien. Geschäftliche Änderung. Die *Ammoniumsulfat-Fabrik „Ammonia“* in Mailand, die ein Aktienkapital von 10 Mill. Lire hat, beschloß in ihrer Generalversammlung, ihre Firma umzuändern in „*Società italiana per le Ligniti e Torbe*“ (Gesellschaft für Braunkohlen und Torf). (Sole vom 31./1. 1919.)

Verschiedene Industriezweige.

Rußland. Nach amtlichen Angaben sind in den Gouvernements Kursk, Woronesch, Tambow, Orel und Tula insgesamt 40 Zuckerfabriken (gegen 232 in Friedenszeiten) im Betrieb (vgl. Angew. Chem. 31, III, 621 [1918]). Der Bestand an Zucker betrug Ende Oktober 1918: Sandzucker 290 000, Raffinade 38 000 Pud. Der Zuckerbedarf für die Bevölkerung Großrußlands wird auf annähernd 10 Mill. Pud jährlich angegeben. Im Durchschnitt sind in den erwähnten 40 Zuckerfabriken 3 377 000 Pud Sandzucker und 1 195 000 Pud Raffinade im Jahre erzeugt worden. Der Ausfall beträgt demnach etwa 5 1/2 Mill. Pud Zucker. Man beabsichtigt daher sowohl mit allen Kräften die heimische Zuckererzeugung zu erhöhen, als auch Zucker im Wege des Warenaustausches einzuführen.

Dänemark. Dividendenvorschlag. Seifenfabrik „*Blaagard*“ 16%. (Börsen vom 5./2. 1919.)

Personal- und Hochschulschulnachrichten.

Die Reichsregierung hat das Mitglied bei der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt Prof. Dr. Grüneisen vom 1./1. 1919 ab zum Geh. Reg.-Rat und Direktor der II. Abteilung sowie die ständigen Mitarbeiter Dr. Giebe und Dr. Schering vom gleichen Zeitpunkt ab zu Professoren und Mitgliedern bei der Anstalt ernannt. — Bei derselben Behörde sind die Assistenten Dr. Steinhaus und Dipl.-Ing. Vieweg zu ständigen Mitarbeitern ernannt worden.

Dr. Heimsoth (nicht Heimroth, vgl. S. 39) ist zum Leiter des Chemischen Untersuchungsamtes der Stadt Dortmund ernannt worden.

Den 60. Geburtstag beging Prof. Dr. Svante A. Arrhenius am 19./2.

Den 75. Geburtstag feierte Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Wilhelm Filehne, Charlottenburg, langjähriger Vertreter der Arzneimittel-lehre an der Universität Breslau, am 12./2.

Der Vertreter der pharmazeutischen Chemie an der Marburger Universität, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Ernst Schmidt, tritt vom Lehramt zurück (vgl. S. 127).

Gestorben sind: Dr. Robert Bahrmann, Ritter pp., Ehrenmitglied, früher Leiter der Fachschule des Leipziger Drogistenvereins, am 15./2. — Adolf Laubi, Kantonschemiker des Kantons Zürich.

Personalnachrichten aus Handel und Industrie.

Zu Geschäftsführern wurden bestellt: Paul Freitag, Hohenleipisch und Richard Fricke, Eiskben, bei der Firma Braunkohlengrube „Anna“ bei Hohenleipisch, G. m. b. H., Hohenleipisch; Hugo Felix Günther, Charlottenburg, bei der Wirtschaftsstelle des Reichsverbandes der Vereinigungen des Drogen- und Chemikalienfaches; Reinhold Machan und Ernst Behrend, Gardelegen, bei der Firma A. Behrend, Eisengießerei u. Maschinenfabrik, G. m. b. H., Gardelegen; Hans Paschka, Peter Lichtherz sen., Otto Mettler, sämtlich in Stuttgart, bei der Mineralölgesellschaft Schwaben m. b. H., Stuttgart.

Prokura wurde erteilt: Gottfried Lederer, Arzberg, für die Porzellanfabrik C. M. Hutschenreuther A.-G., Abteilung Dresden, Zweigniederlassung der in Hohenberg a. d. Eger bestehenden A.-G.; Edmund Stinnes, Mülheim-Ruhr, für die Firma Hugo Stinnes, G. m. b. H., Mülheim-Ruhr, Zweigniederlassung in Saarbrücken; Otto Sichler, Leipzig, für die Firma Asco-Gesellschaft für chemisch-technische Produkte G. m. b. H., Leipzig.

Gestorben sind: Wilh. von Gartzzen, Teilhaber der Firma J. Beckers & Co., Bleiweißfabrik, Düren, am 9./2.; Heinr. Jansen, Direktor der Buderus'schen Eisenwerke, Wetzlar, am 15./2.; Joseph Kantorowicz, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Hartwig Kantorowicz Akt.-Ges., in Berlin am 8./2.

Verein deutscher Chemiker.

Mitteilung der Geschäftsstelle betreffend den Versand der Zeitschrift.

Die mit der Einführung der vier verschiedenen Ausgaben der „Angewandten“ zusammenhängenden Schwierigkeiten haben zu mancherlei Störungen in der Zustellung der Zeitschriften geführt, sei es, daß nicht die richtige Ausgabe geliefert wurde oder daß Nachlieferungen der ersten Hefte des laufenden Jahrgangs ausgeblieben sind. Es ist unmöglich, die sämtlichen Zuschriften im einzelnen zu beantworten. Selbstverständlich wird aber auf Grund jeder Zuschrift die betreffende Angelegenheit sorgfältigst untersucht und für Abhilfe gesorgt. Wir weisen hierauf nachdrücklich hin, um einer wohl begreiflichen Mißstimmung gerade in den Kreisen der Freunde und eifrigen Leser der „Angewandten“ vorzubeugen, die naturgemäß die Geschäftsstelle für alle Unregelmäßigkeiten verantwortlich zu machen geneigt sind. Schuld an den Mißständen trägt, abgesehen von einzelnen, niemals völlig auszuschaltenden Versäumnissen, nicht Nachlässigkeit des Bureaus der Geschäftsstelle, sondern die Ungunst der Verhältnisse.

An sich hat alljährlich der Jahreswechsel zu allerlei Störungen im Postversand der Zeitschrift Veranlassung gegeben, und dies wäre zu Beginn dieses Jahres auf jeden Fall verstärkt in Erscheinung getreten, infolge der Einrichtung der vier verschiedenen Ausgaben, die an das Unterscheidungsvermögen der Postbeamten erhebliche Anforderungen stellt.

Die Hauptschwierigkeit ist aber nun durch die Mitglieder selber dadurch veranlaßt worden, daß ein großer Teil trotz wiederholter eindringlicher Mahnungen sich über die gewünschte Ausgabe nicht rechtzeitig geäußert hat. Noch bis weit in den Januar hinein sind solche Bestellungen bei uns eingegangen.

Diese Bestellungen mußten nun sowohl in der Mitgliederkartei, die zur Verbuchung der Mitgliedsbeiträge dient, wie in der Zeitschriftenversandkartei vermerkt werden, und es war natürlich an eine Fertigstellung der neuen Versandlisten so lange nicht zu denken, als noch Bestellungen in größerer Zahl eingingen.

Dazu kamen nun noch erhebliche Störungen unseres Betriebes durch Licht- und Kohlenmangel: Seit Beginn der dunkeln Jahreszeit ist elektrische oder Gasbeleuchtung in Bureaus u. dgl. nach 3 Uhr nachmittags verboten gewesen, und seit Mitte Dezember ist unser Bureau ohne Kohlenbelieferung geblieben und ausschließlich auf eine durchaus unzureichende Beheizung mittels Abdampfs einer Dampfmaschine angewiesen gewesen. Ständige Ausfälle an Arbeitskräften durch Erkrankungen des Bureaupersonals waren die unausbleibliche Folge. Hierunter hat naturgemäß die Schnelligkeit in der Bearbeitung der Kartotheken gelitten, und es konnten, um die Überweisungslisten wenigstens zu einem vorläufigen Abschluß zu bringen, die zuletzt eingegangenen Bestellungen schließlich nicht mehr berücksichtigt werden. Es wurden also zunächst die bis dahin verbuchten Bestellungen auf die Ausgaben A, C oder D bei der Post angewiesen und der Rest für Ausgabe B vorgemerkt. Hierzu waren wir berechtigt entsprechend den Mitteilungen betreffend Jahresbeitrag für 1919. Diese lauteten so, daß Mitglieder, die ihre Wünsche bis zum 1./12. nicht bekanntgeben, vom 1./1. ab Ausgabe B erhalten würden.

Zu den Erkrankungen des eigenen Personals kam, gerade auch in der kritischen Zeit, die Erkrankung des mit dem Versande unserer

Zeitschrift betrauten Postsekretärs, was ebenfalls zu ganz erheblichen Störungen, vor allem in der Erledigung von Reklamationen geführt hat; ferner der gerade um die Jahreswende allenthalben eingetretene Wechsel des unteren Postpersonals infolge Rückkehr der regulären Beamten aus dem Felde und der Etapp. Offenbar, um die lästigen Reklamationen und Nachbestellungen kurzerhand aus der Welt zu schaffen, hat man teilweise sogar die gänzlich aus der Luft gegriffene Behauptung verbreitet, daß die verlangten Hefte sowohl bei der Post wie beim Verlage vergriffen seien.

Eine erhebliche Belastung unseres Bureaus ist auch durch die militärischen und politischen Ereignisse der letzten Monate verursacht worden. Die plötzliche Auflösung von Front und Etappen und die überstürzte Demobilisierung machte die sofortige, vorübergehende Sistierung einer großen Zahl von an Kriegsteilnehmer gehenden Zeitschriftenexemplaren notwendig. Die nunmehr an uns gerichteten Wünsche wegen sofortiger Nachlieferung aller dieser Exemplare sind natürlich sehr berechtigt, können aber beim besten Willen nicht alle gleichzeitig erfüllt werden.

Das gleiche gilt von der Nachlieferung von Einzelheften oder ganzen Jahrgängen aus den sämtlichen Kriegsjahren, die jetzt auch in Tausenden von Exemplaren bestellt werden. Die Erledigung kann nur allmählich in der Reihenfolge des Engangs der Bestellungen erfolgen. Erschwerend kommt in dieser Hinsicht noch in Betracht, daß wir mit dem außerordentlich umfangreichen Zeitschriftenlager gerade in der kritischen Zeit umziehen mußten.

Wir sind aber all dieser Schwierigkeiten Herr geworden, und es sind im jetzigen Augenblick auch die meisten Bestellungen erledigt.

Die vorstehenden Ausführungen werden alle Mitglieder, die Grund zur Unzufriedenheit hatten, davon überzeugt haben, daß die zweifellos vorhanden gewesenen Unzuträglichkeiten keineswegs auf Nachlässigkeiten der Geschäftsstelle zurückzuführen sind, daß etwa gar, wie ein Mitglied allen Ernstes anzunehmen schien, die Geschäftsstelle „von der neuen Zeit“, d. i. von bolschewistischem Geiste angekränkt sei.

Unvermeidlich wird es sein, daß auch in der nächsten Zeit der eine oder andere ein Heft einer falschen Ausgabe erhält. Die Schuld trägt dann unter allen Umständen die Post, und wir können alle Mitglieder nur wiederholt bitten, stets energisch auf Lieferung der richtigen Ausgabe bei dem Briefträger und Postamt zu drängen, damit sich diese möglichst schnell an die genaue Unterscheidung der Ausgaben gewöhnen. Um diese Unterscheidung nach Möglichkeit zu erleichtern, sollen die einzelnen Ausgaben durch verschiedenfarbiges Umschlagpapier deutlich gekennzeichnet werden. Ausgabe A wird die jetzige strohgelbe Farbe beibehalten, während die Ausgabe B orangefarbiges Umschlagpapier erhalten wird. Die Ausgaben C und D werden durch rosa und blaugrauen Umschlag kenntlich gemacht.

Diese Änderung wird Platz greifen, sobald die hierfür bestellten Papiere eingetroffen sind. Selbstverständlich hätten wir diese Vorsichtsmaßregel schon vom 1./1. an angewandt, wenn damals das Papier hätte beschafft werden können. Die außerordentliche Papierknappheit im zweiten Halbjahre 1918 und die strenge Rationierung durch die Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe machten dies aber damals unmöglich.